

Stand: 17.05.2024 05:45:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18742

"Subsidiarität Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010; COM(2021) 421 final; BR-Drs. 748/21"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18742 vom 03.11.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18782 des BU vom 09.11.2021
3. Beschluss des Plenums 18/18842 vom 11.11.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 11.11.2021



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010; COM(2021) 421 final; BR-Drs. 748/21

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010; COM(2021) 421 final; BR-Drs. 748/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar erfordert die effiziente Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung grundsätzlich einen EU-weiten Ansatz sowie effektive Maßnahmen, gegen den Vorschlag der Kommission bestehen jedoch erhebliche Bedenken:

Soweit die vorgeschlagene Verordnung die Schaffung einer EU-Geldwäscheaufsichtsbehörde „Anti-Money Laundering Authority“ (AMLA) mit umfassenden Befugnissen im Bereich der Normsetzung und der Beaufsichtigung des Finanz- sowie Nichtfinanzsektors, insbesondere mit umfangreichen Befugnissen gegenüber den nationalen Behörden bis hin zum Selbsteintritt, vorsieht, ist dies systemwidrig und verletzt die Kompetenzen der Mitgliedstaaten.

Es obliegt den Mitgliedstaaten, die effektive Aufsicht zu regeln und dafür entsprechende Behörden einzurichten. Der Vollzug des Unionsrechts liegt in der Hand der Mitgliedstaaten. Soweit daher eine direkte Kommunikation und Anweisung der AMLA oder der Kommission mit und gegenüber nationalen Aufsichtsbehörden vorgesehen wird, widerspricht dies Unionsrecht, weil es die nationalen (föderalen) Verantwortlichkeiten und deren Aufsichtsstrukturen (vgl. Art. 32 des Verordnungsvorschlags) verletzt und auch im Hinblick auf die Gewährleistung einer national/föderal einheitlichen Rechtsanwendung problematisch ist.

In diesem Zusammenhang sind auch die Befugnisse der AMLA nach Art. 32 Abs. 6 und 7 des Verordnungsvorschlags mit Nachdruck abzulehnen. Danach soll im Fall einer unterschiedlichen Auffassung zwischen der AMLA sowie einer Selbstverwaltungseinrichtung – wie z. B. Rechtsanwaltskammern – eine Entscheidung der AMLA letztlich abweichende Entscheidungen der nationalen Behörde ersetzen können. Das ist mit dem bestehenden europäischen System, in dem sich die EU-Kommission im Fall einer von ihr angenommenen unzureichenden Umsetzung von EU-Recht an den jeweiligen Mitgliedstaat zu wenden hat, unvereinbar. Der Vorschlag würde auch der föderalen Ordnung der Bundesrepublik und den Aufsichtsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Nichtfinanzsektors zuwiderlaufen. Der besonderen föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch Rechnung zu tragen, wie auch der Bundesrat bereits mit Beschluss vom 18.09.2020 angemahnt hat (vgl. BR-Drs. 325/20).

Ebenfalls nicht hinnehmbar ist der vorgeschlagene Eingriff in die Haushaltshoheit der Mitgliedstaaten und ihrer nationalen Ebenen: Wenn Art. 5 Abs. 4 Buchst. d des Verordnungsvorschlags vorsieht, dass die AMLA sicherstellen soll, dass alle Aufsichtsbehörden über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügen, ist dies eine Verletzung der Entscheidungskompetenz des jeweiligen Haushaltsgesetzgebers.

Im Übrigen würde der effektive Vollzug in den Mitgliedstaaten mit umfassenden und teilweise sehr kurzen Informations-, Rechenschafts- und Umsetzungspflichten gegenüber der AMLA (vgl. insb. Art. 9, Art. 11 Abs. 2 und 3 sowie Art. 32 des Verordnungsvorschlags) durch den hierdurch entstehenden erheblichen Zeit- und Verwaltungsaufwand beeinträchtigt. Auch eine jährlich durch die nationalen Aufsichtsbehörden der AMLA zu übermittelnde Prüfstrategie (vgl. Art. 9 des Verordnungsvorschlags) greift in die Kompetenz der mitgliedstaatlichen Organisationshoheit ein und trägt der erforderlichen Flexibilität einer auch auf kurzfristiger Informationserlangung beruhenden Aufsichtstätigkeit nicht Rechnung.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alexander König,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/18742**

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur
Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinan-
zierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr.
1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010; COM(2021) 421 final; BR-Drs. 748/21**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**
Mitberichterstatter: **Florian Siekmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen (§ 83b Abs. 1 BayLT-GeschO). Eine Mitberatung durch andere Fachausschüsse ist nicht erfolgt.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 9. November 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: kein VotumZustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010

COM(2021) 421 final

BR-Drs. 748/21

Drs. 18/18742, 18/18782

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010; COM(2021) 421 final; BR-Drs. 748/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Zwar erfordert die effiziente Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung grundsätzlich einen EU-weiten Ansatz sowie effektive Maßnahmen, gegen den Vorschlag der Kommission bestehen jedoch erhebliche Bedenken:

Soweit die vorgeschlagene Verordnung die Schaffung einer EU-Geldwäscheaufsichtsbehörde „Anti-Money Laundering Authority“ (AMLA) mit umfassenden Befugnissen im Bereich der Normsetzung und der Beaufsichtigung des Finanz- sowie Nichtfinanzsektors, insbesondere mit umfangreichen Befugnissen gegenüber den nationalen Behörden bis hin zum Selbsteintritt, vorsieht, ist dies systemwidrig und verletzt die Kompetenzen der Mitgliedstaaten.

Es obliegt den Mitgliedstaaten, die effektive Aufsicht zu regeln und dafür entsprechende Behörden einzurichten. Der Vollzug des Unionsrechts liegt in der Hand der Mitgliedstaaten. Soweit daher eine direkte Kommunikation und Anweisung der AMLA oder der Kommission mit und gegenüber nationalen Aufsichtsbehörden vorgesehen wird, widerspricht dies Unionsrecht, weil es die nationalen (föderalen) Verantwortlichkeiten und deren Aufsichtsstrukturen (vgl. Art. 32 des Verordnungsvorschlags) verletzt und auch im Hinblick auf die Gewährleistung einer national/föderal einheitlichen Rechtsanwendung problematisch ist.

In diesem Zusammenhang sind auch die Befugnisse der AMLA nach Art. 32 Abs. 6 und 7 des Verordnungsvorschlags mit Nachdruck abzulehnen. Danach soll im Fall einer unterschiedlichen Auffassung zwischen der AMLA sowie einer Selbstverwaltungseinrichtung – wie z. B. Rechtsanwaltskammern – eine Entscheidung der AMLA letztlich abweichende Entscheidungen der nationalen Behörde ersetzen können. Das ist mit dem bestehenden europäischen System, in dem sich die EU-Kommission im Fall einer von ihr angenommenen unzureichenden Umsetzung von EU-Recht an den jeweiligen Mitgliedstaat zu wenden hat, unvereinbar. Der Vorschlag würde auch der föderalen Ordnung der Bundesrepublik und den Aufsichtsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Nichtfinanzsektors zuwiderlaufen. Der besonderen föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch Rechnung zu tragen, wie auch der Bundesrat bereits mit Beschluss vom 18.09.2020 angemahnt hat (vgl. BR-Drs. 325/20).

Ebenfalls nicht hinnehmbar ist der vorgeschlagene Eingriff in die Haushaltshoheit der Mitgliedstaaten und ihrer nationalen Ebenen: Wenn Art. 5 Abs. 4 Buchst. d des Verordnungsvorschlags vorsieht, dass die AMLA sicherstellen soll, dass alle Aufsichtsbehörden über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügen, ist dies eine Verletzung der Entscheidungskompetenz des jeweiligen Haushaltsgesetzgebers.

Im Übrigen würde der effektive Vollzug in den Mitgliedstaaten mit umfassenden und teilweise sehr kurzen Informations-, Rechenschafts- und Umsetzungspflichten gegenüber der AMLA (vgl. insb. Art. 9, Art. 11 Abs. 2 und 3 sowie Art. 32 des Verordnungsvorschlags) durch den hierdurch entstehenden erheblichen Zeit- und Verwaltungsaufwand beeinträchtigt. Auch eine jährlich durch die nationalen Aufsichtsbehörden der AMLA zu übermittelnde Prüfstrategie (vgl. Art. 9 des Verordnungsvorschlags) greift in die Kompetenz der mitgliedstaatlichen Organisationshoheit ein und trägt der erforderlichen Flexibilität einer auch auf kurzfristiger Informationserlangung beruhenden Aufsichtstätigkeit nicht Rechnung.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über die Europaangelegenheit betreffend "Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union – Notfallplan für den Verkehr 31.08.2021 bis 26.10.2021" auf den Drucksachen 18/18079 und 18/18786 gesondert abzustimmen.

Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt Zustimmung zu der in Ziffer I enthaltenen Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/18786. Das heißt, der Landtag gibt im Konsultationsverfahren eine entsprechende Stellungnahme ab.

Der endberatende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt ebenfalls, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: "Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt."

Wer der in Ziffer I enthaltenen Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf Drucksache 18/18786 mit der zusätzlichen Maßgabe des endberatenden Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Dies sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD und FDP. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich momentan nicht. Damit ist beschlossen, dass der Landtag im Konsultationsverfahren eine entsprechende Stellungnahme abgibt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD.

Wiederum ist kein fraktionsloser Abgeordneter anwesend. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
 Verkehr
 Notfallplan für den Verkehr
 31.08.2021 - 26.10.2021
 Drs. 18/18079, 18/18786 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Subsidiarität
 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010; COM(2021) 421 final; BR-Drs. 748/21
 Drs. 18/18742, 18/18782 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

Verfassungsstreitigkeiten

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 11. Oktober 2021 (Vf. 40-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher für die Jahre 2001 bis 2003 (GerichtsvollzieherbürokostenentschädigungsVO 2001 - 2003 – GVBEntschV 2001 - 2003) vom 21. August 2007 (GVBl. S. 630, BayRS 2032-2-43-J)

PII-G1310.21-0019
Drs. 18/18672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Oktober 2021 (Vf. 51-VIII-21) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
vom 28. September 2021 über die Frage, ob § 1 Nr. 37 des Gesetzes zur
Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom
23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzt

PII-G1310.21-0020
Drs. 18/18675 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag gibt eine Stellungnahme ab.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Naturschutzkriminalität gezielt und effektiv bekämpfen
Drs. 18/17064, 18/18551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

9. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
PFC-Umweltgifte in Bayern beseitigen I:
Stabsstelle zur Koordinierung einrichten
Drs. 18/17077, 18/18552 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
PFC-Umweltgifte in Bayern beseitigen II: Sonderfonds für die Beseitigung von PFC-Kontaminierung auflegen
Drs. 18/17079, 18/18704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
PFC-Umweltgifte in Bayern beseitigen III:
Jährlicher PFC-Bericht an den Landtag
Drs. 18/17080, 18/18553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Antisemitismus – Islamistische Verbreitung an der Wurzel bekämpfen I
Drs. 18/17272, 18/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Antisemitismus – Islamistische Verbreitung an der Wurzel bekämpfen II
Drs. 18/17273, 18/18677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Lehren aus den Hochwasserkatastrophen ziehen –
Zentrum für Wassergefahren schaffen
Drs. 18/17280, 18/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Anpassungen an den Klimawandel ernst nehmen und zügig umsetzen
Drs. 18/17282, 18/18554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Europäische Werte durch Rechtsstaatsmechanismus schützen: konsequente EU-Mittelkürzungen bei Rechtsstaatsverstößen
Drs. 18/17387, 18/18536 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Hoffnung allein wird nicht reichen: Jetzt wirtschaftspolitische Krisenstrategie für den Herbst 2021 vorbereiten!
Drs. 18/17435, 18/18753 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren aus dem O EZ-Attentat I – Maßnahmen zur besseren Aufklärung und rechtzeitigen Identifizierung von gewaltorientierten Einzeltätern und rechtsextremen Netzwerken
Drs. 18/17436, 18/18679 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehren aus dem O EZ-Attentat II – Maßnahmen zur besseren Aufklärung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet
Drs. 18/17437, 18/18680 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Aktuelle Entwicklung des Hopfenstaucheviroid und des Citrus Bark Cracking Viroid im Hopfen
Drs. 18/17648, 18/18526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

28. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
Die Bürgerinnen und Bürger an der Windkraft beteiligen
Drs. 18/17830, 18/18754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Bayern braucht mehr Fachkräfte für die Energiewende – Kostenfreiheit der Meisterausbildung gewährleisten
Drs. 18/17831, 18/18755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Klaus Adelt u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
Ein Netz von kommunalen Ladesäulen für E-Autos
Drs. 18/17832, 18/18756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Potenzial der Geothermie für Wärmewende in Bayern umgehend nutzen!
Drs. 18/17833, 18/18757 (A)

Antrag der FDP-Fraktion

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Klimafreundliche und bezahlbare Heizungsanlagen für ganz Bayern
Drs. 18/17834, 18/18758 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
Bayerisches Klimageld einführen für mehr Gerechtigkeit
Drs. 18/17835, 18/18759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
CO₂-intensive Industrien umsichtig modernisieren
Drs. 18/17836, 18/18760 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral:
Wirtschaftsförderung aufs Klima ausrichten
Drs. 18/17837, 18/18761 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Diana Stachowitz u.a. SPD
Bayern sozial und klimaneutral: Die Beschäftigten der Autoindustrie brauchen Hilfe bei der Transformation
Drs. 18/17838, 18/18762 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhöhung des Fördersatzes für erstmalige Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung beim Bayerischen Sonderprogramm Landwirtschaft
Drs. 18/17880, 18/18527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

38. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheit wieder großschreiben – keine 3G-Pflicht an bayerischen Hochschulen!
Drs. 18/17892, 18/18729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU Fortschreibung des Berichts des LfU „Per- und polyfluorierte Chemikalien in Bayern – Untersuchungen 2006 – 2018“ Drs. 18/17893, 18/18557 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP) Pflichtstückegesetz modernisieren Drs. 18/18024, 18/18727 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Margit Wild u.a. SPD Umsetzung des Präsenzstudiums im Wintersemester 2021/2022 Drs. 18/18025, 18/18728 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD 60 Jahre Anwerbeabkommen Türkei: bayerisch-türkische Beziehungen jetzt weiterentwickeln Drs. 18/18026, 18/18748 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

